



Venezuela: die Analyse von Delcredere

Chavez wird sein autoritäres Regierungssystem vor den Parlamentswahlen im September beibehalten

Die Parlamentswahlen im September werden wahrscheinlich angefochten werden, da die Opposition die Wahlen nicht wie im Jahre 2005 boykottiert und vereint antreten wird. Darüber hinaus ist die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung groß, angesichts von Rezession, hoher Inflation, starker Abwertung, Unsicherheit sowie Strom- und Wassermangel. Daraufhin übt Hugo Chavez verstärkten Druck auf das Land aus, zum Beispiel durch ein hartes Vorgehen gegen die privaten Medien der Opposition und durch Änderungen der Wahlbezirke, hauptsächlich in den von der Opposition kontrollierten Bundesstaaten. Die nächsten Parlamentswahlen sind nämlich ein entscheidender Test vor der Präsidentenwahl im Jahr 2012, bei der Hugo Chavez für eine dritte Amtszeit kandidieren wird.

Außenpolitisch stehen die Beziehungen zu Kolumbien (dem Haupthandelspartner) auf dem absoluten Tiefstand, seitdem Kolumbien im Juli 2009 der Einrichtung von US-Militärstützpunkten zustimmte.

Starke Abwertung des Bolivars und Durchsetzung eines doppelten Wechselkurses

Am 8. Januar 2010 hat Hugo Chavez den Bolivar von 2,15 auf 2,6 pro US-Dollar abgewertet, und zwar für die Einfuhr von „prioritären“ Waren, zum Beispiel in den Bereichen Lebensmittel, Gesundheitsartikel, Bildung, Wissenschaft und Technologie, Maschinen und Anlagen, Geldüberweisungen an Familienmitglieder im Ausland, Studenten im Ausland, und Zahlungen für diplomatische und offizielle Missionen, und auf 4,3 pro US-Dollar für „nicht wesentliche“ Produkte. Später bot Chavez an, Personengesellschaften den Vorzugskurs einzuräumen, vorausgesetzt, sie gehen mit den Behörden ein Joint Venture ein. Seitdem verkauft die Zentralbank US-Dollar, um „Spekulationen“ im Freiverkehr zu bekämpfen (ein Markt auf dem sich Unternehmen, die keine Genehmigung der staatlichen Devisenkontrollinstanz CADIVI haben, US-Dollar zum offiziellen Wechselkurs zu erhalten, mit US-Dollar versorgen). Diese Beträge sind jedoch zu klein, um wesentliche Auswirkungen auf den Freiverkehr zu haben.

Nach der Abwertung überwies die Regierung 7 Milliarden US-Dollar aus internationalen Reserven der Zentralbank an den nicht im Haushalt geführten „Nationalen Fonds zur Wirtschaftsentwicklung“ (FONDEN), welcher der Konjunkturförderung dient. Aufgrund der Abwertung wird erwartet, dass das Haushaltsdefizit abnimmt, denn für jeden Dollar der von der verstaatlichten Erdölgesellschaft (PDVSA) stammenden Exportsteuereinnahmen (für die der Wechselkurs von 4,3 Bolivar pro US-Dollar gilt und die den größten Teil der Staatseinkünfte erzielt) würde die Regierung doppelt so viele Bolivars erhalten wie bisher. Die Verbesserung des Haushaltssaldos könnte jedoch begrenzt sein, da Chavez die unverhofften Einnahmen und den FONDEN-Fonds wahrscheinlich dazu verwenden wird, die Kaufkraft im Vorwege der Wahlen zu verbessern.

Infolge der Abwertung stieg das wirtschaftliche Risiko (bereits in Kategorie C) in dem Maße, in dem die Einfuhrpreise stiegen.

Darüber hinaus sind beim CADIVI-Verfahren aufgrund der durch das System der multiplen Wechselkurse entstandenen Verwirrung weitere Verzögerungen zu erwarten. Die Kontrolle von Kapitaltransfers bleibt behalten.

Die Gefahr von Verstaatlichungen ist nach wie vor groß, da der Präsident bereits die Einzelhandelskette *Exito* und das Einkaufszentrum *Sambil* enteignet hat - ohne Ausgleichszahlungen zu erwähnen -, weil die Unternehmen angeblich als Reaktion auf die Abwertung ihre Preise erhöht hatten. Die Verstaatlichung der Banken, die im November 2009 angekündigt wurde, läuft noch, da die Regierung im Januar 2010 zwei zusätzliche Banken übernommen hat. In den kommenden Monaten wird es wahrscheinlich zur Ankündigung weiterer unorthodoxer Maßnahmen kommen, da die Regierung alles daran setzt, um vor den Wahlen im September politisch wieder in Schwung zu kommen. Eine Erhöhung des Mindestlohnes wurde bereits angekündigt, um die Auswirkungen der hohen Inflationsrate auf die Sozialschwachen, die den harten Kern der politischen Basis von Chavez bilden, zu mildern.

Die Energiekrise verursacht weit verbreitete Stromknappheit

Eine schwere Dürre hat den Stausee und die Flüsse ausgetrocknet, von denen die Wasserkraftwerke abhängen, was eine größere Stromkrise verursacht hat. Misswirtschaft und fehlende Investitionen dürften jedoch die Hauptgründe für den Strommangel sein. Mehrere Minister (einschließlich des Vizepräsidenten) sind bereits zurückgetreten.

Die Rationierung von Strom könnte im Übrigen auf die Konjunktur durchschlagen, die nach Angaben des IWF (Internationaler Währungsfonds) im Jahr 2009 um 4 % zurückgegangen ist. Für 2010 wird erwartet, dass das Wirtschaftswachstum schwach bleibt, und dass die hohe Inflation (über 20%) wahrscheinlich anhält, während sich in den meisten Ländern Lateinamerikas das Wachstum erholt.

23/02/2010